

Riesaeer Tageblatt



und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktion: Riesaeer Tageblatt, Riesa, Sommer Nr. 20.

Das Riesaeer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Landratsamts Reichen.

Postfachkonto: Dresden 1580, Postfach Riesa Nr. 22.

Nr. 193.

Donnerstag, 20. August 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesaeer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des morgigen Tages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 30 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile 6 Silben; 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Zeile 100 Gold-Pfennige; mitraubende und tabellarische Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Freiwillige Rabatte erwünscht, wenn der Betrag vorab durch Kasse eingezogen werden mag oder der Auftraggeber in Kontant gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeilagen: „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger ungewöhnlicher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 39. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Die „Freiheit“ der herrschenden Völker.

Nach ein Beitrag zur Sicherheitsfrage.

Kugensichtlich ist man wieder dabei, die deutsche Sicherheitsfrage in ein System von einander verknüpften „Garantien“ umzuwandeln, das mit einem wirklichen und christlichen Willen zur inneren Stabilisierung der Verhältnisse nicht zu tun hat, sondern Ausdruck der Furcht ist die Sicherung unheimlicher Rechte ist. Polen und die Tschechen sollen in das neue Gerüst mit verknüpft werden. Niemand zweifelt innerlich daran, daß diese Belastung außerordentlich schnell den Gesamtplan zum Einsturz bringen würde. Sind doch gerade diese Staaten moralisch mit jenem Mißbrauch neuengewonnener Freiheit belastet, der sich in brutaler Unbuddamkeit anderwärtigem Leben gegenüber äußert. Diese Korruption des Freiheitsbegriffes, der eine Hauptursache der in Europa bestehenden nationalen Spannungen ist, hat kürzlich ein Ministerialdekret aus Brüssel, Camillo Moroconti, in einer bei Tiedrich-Jena erscheinenden Monatschrift „Europa und die völkischen Wunden“ meisterhaft in ihren Widersprüchen gekennzeichnet. Gerade angesichts der jetzt der Lösung harrenden Probleme der internationalen Politik verdienen diese Darlegungen weiteste Verbreitung.

Die nationale Existenz einzelner europäischer Nationen, so schreibt Moroconti, wurde durch die Unfreiheit, durch die Verknechtung ganz Europas erkauft. Bis zum Untergang dieser Ordnung nachvollziehbar und nationaler Begehren, war Europa eine Weltmacht, ein Weltverleger, ein Lehrer und Führer aller Völker. Das nationale Europa erlittete zu einer Stunde einander befeindender Nationen, es gliedert einem Gefolge ineinander verbitterter Willkür.

Wirtschaftlich wurde dieses nationale Europa zu einer Schuldenfalle, die vom völkischen Volkswirtschafts bedroht, vom westlichen Kapitalismus befeindet erhalten wird.

Die nationale Freiheit und Selbstbestimmung einzelner europäischer Nationen wurde mit der wirtschaftlichen und kulturellen Verfüllung des Gesamtcontinents teuer erkauft. Und worin besteht die nationale Freiheit dieser wenigen? Diese nationale Freiheit ist meist eine läppische, lüdenhafte Freiheit, die sich in Narben und Wunden, in Fesseln und Abweisen, in Inkompatibilitäten und Gehässigkeiten erschließt.

Wo — frage ich — durch diese fruchtlose Gewärde der Freiheit auch nur eine Bekleidung, einige Tat für die Menschheit in Kunst und Kultur, in Wissenschaft und Erkenntnis über in praktischer Lebensverbesserung vollbracht worden? Die großen Freiheitskämpfer, die die Menschheit und aus Recht und Not, in demutvoller Enttarnung und bitterem Leid, in mühevollen Ringen um Erkenntnis und Wahrheit geboren werden.

Wes Freiheit, wenn eine Nation überall und ausnahmslos nur den Gebrauch ihrer Sprache bildet und ihn allen Andersprechenden in ihrem Staate selbst mit brutaler Gewalt aufzunähern versucht? Ist es Freiheit, wenn man schuldlosen Kindern die Erlernung ihrer Muttersprache verweigert, wenn man den Kindern an Eltern und Vorfahren deshalb unterbindet, weil diese Eltern und Vorfahren Angehörige eines anderen Volkes sind? Ist es Freiheit, wenn nationale Staatsleistungen armen Vätern, erwachsenen Pensionisten und Altersrentnern das Staatsbürgerrecht und damit den künftigen Lebensunterhalt deshalb verweigern, weil sie jetzt einem Minderheitenvolke angehören, weil sie früher im Dienste eines Staates standen, dessen Erbe und Recht haberechtigter sie nicht sind? Ist es Freiheit, wenn eine Nation ihre völkischen Wunden mit allen Mitteln gewalttätiger Unterdrückung bedrängt, während sie selbst in nationaler Verquälung erkrankt und durch ihre nationale Unbuddamkeit und Gehässigkeit ihr wahres Volkstum preisgibt?

Dieser durch den Zufall Europas erzwungene Selbstkult einzelner Nationen — ist das gerade Gegenteil völkischer Freiheit. Diese Freiheit gleicht einem Glückseligkeitsbaumel, der Exporte Schmuckstücke, die sich überkräftig und gesund fühlend, von einem Mutterland zum andern taumeln. Diese nationale Freiheit ist die Scheinfreiheit, die kurze Erfindungsphase zwischen immer wiederkehrenden Kriegen! Denn die Freiheit der zivilisierten europäischen Nationen erhält sich vorläufig noch nicht durch Recht, sondern durch Gewalt, nicht durch Frieden, sondern durch Krieg!

Wie würden in Europa stehende Heere in dieser Stärke und mit dieser furchtbaren Bewaffnung gehalten wie heute in dem Europa der nationalen Freiheit und Selbstbestimmung.

Ein wertvolles polnisches Eingeständnis.

So überschreibt die „Deutsche Rundschau“ in Bromberg eine Mitteilung, die sie aus dem „Kurjer Poznański“ wiedergibt. Dort heißt es nämlich, daß bei den Landesfürsorgebehörden, bei den Starosten und Wojewodischen Landtagen von polnischer, ausdrücklich polnischer Natur, in denen sich Polen um die deutschen Polanten bemühen und die polnischen Behörden bitten, die Genehmigung zum weiteren Aufenthalt in Polen diesen Leuten zu geben. Es handele sich um Anträge, die mit Dutzenden von Unterschriften versehen seien. Man solle nicht denken, daß diese Unterschriften von unbekanntem Leuten gesammelt seien oder von solchen, die sich nicht darüber klar wären, was sie tun. Reim! Auf diesen Anträgen sind Unterschriften von sehr hohen Würdigen Leuten, die allgemein geachtet sind, sich des hohen Rufes erfreuen, von Bürgern, die im Lande bekannt sind. So habe auf einer Bitte um weitere Befassung eines

ingenieurs die Unterschrift eines früheren Ministers, ferner seien politische und wirtschaftliche Führer mit ihren Unterschriften verbunden, von denen niemand annehmen würde, daß sie die schmachvolle Rolle übernehmen könnten, den Deutschen zum Schaden des polnischen Interesses unter Zwangsgewaltung der polnischen Würde zu dienen. Der „Kurjer Poznański“ beschränkt zwar die Regierung, sich nicht an diese Bitte zu fügen. Das Vorgehen dieser Polen — wohlwollend also der Tausende von Anträgen! — ist außer Acht zu lassen, denn sie verstoßen die Würde und das Staatsinteresse. Sollte das so weiter gehen, so würde das Blatt nicht unruhig können, die Namen zu veröffentlichen und diese Leute ohne Willen, mit langsamem Gefühl der öffentlichen Verantwortung für ihre argenlistige Tarnung und Charaktermangel öffentlich zu brandmarken. — Das ist wirklich ein hochinteressantes Einzelstudium des polnischen Des- und Chauvinistenbüßers. Es gibt also viele Tausende wirklich rein polnischer Staatsbürger, die die polnische Gewaltpolitik der Demissionsträger nicht billigen, die sie von sich und nachgehenden die Politik ihrer Regierung verurteilen und lübel Mut haben, das zu bekennen. Es ist also nicht das „gemeine polnische Volk ohne jede Ausnahme“, das die Demissionsträger so hartnäckig fordert, sondern es sind Tausende, die die Politik ihrer Regierung verurteilen, die sie öffentlich bekennen, daß diese Politik weder dem Recht noch der Gerechtigkeit dienlich ist und daß das Leben der nach Polen zurückkehrenden polnischen Exilanten höchst bitter sein wird. Das ist für alle, die menschlich denken, erhellend, selbst wenn es praktisch auch leider nichts mehr nützt.

Vom sozialen Kriegsschauplatz.

Da. Berlin. Der Schiedspruch im Deutschen Gewerkschaften ist, wie nach den Abkündigungen in den einzelnen Kampfgebieten vorauszusagen war, von Deutschen Gewerkschaften am Mittwoch, dem für die Erklärung festgesetzten Termin, abgelehnt worden, nachdem der von Mitgliedern aus dem neuen Reich zusammengelegte Beirat des Bundes sich einstimmig für die Ablehnung entschieden hatte. Die Gewerkschaften rechnen nun mit der Generalaussperrung und der Allerneine Deutsche Gewerkschaftsbund hat ihnen für diesen Kampf, der von sehr langer Dauer sein dürfte, die Unterstützung der Gesamtheit der freien Gewerkschaften angetragen. — Wie wir hören, sind in Argentinien, die dem Gewerkschaftsbeirat nicht angehören, aber an der Ablehnung der Tarifabsicht interessiert sind, Bestrebungen im Gange mit dem Ziel, die Vertreter der streikenden Parteien zu neuen Einigungsverhandlungen zusammenzubringen.

In der sächsisch-thüringischen Textilindustrie ist es zu einer Massenauflösung gekommen, die 200.000 Arbeiter betrifft. Auf die Ablehnung eines Schiedspruchs und die Proklamierung von Einzelstreiks hat der Arbeitgeberverband mit dem Beschluß geantwortet, daß sämtliche Textilarbeiter Beschäftigten am 5. September ausgetrieben werden sollen.

Ebenso ist den thüringischen Färbearbeitern gekündigt worden. Der Reichsarbeitsminister hat für einen späteren Zeitpunkt sein Eingreifen angekündigt, um auf dem Wege gültiger Verabredungen die Verwirklichung des Aussperrungsbeschlusses zu verhindern.

Im Waldenburger Bergbau sind die Lohnverhandlungen ergebnislos abgebrochen worden, da die Arbeitgeber erklärten, angesichts der schwierigen Lage der Betriebe keine Lohnerböhrungen vornehmen zu können, während die Gewerkschaften eine zwanzigprozentige Lohnerböhrung verlangen.

In der Obersächsischen Eisen-Industrie wird ebenfalls mit neuen Lohnkämpfen geredet.

Einigungs in der Münchener-Claddacher Textilindustrie.

München-Claddach. (Zunftspruch) Die erneuten Verhandlungsverhandlungen zwischen den Vertretern der Vereinigten Arbeitgeberverbände der Textilindustrie von München-Claddach, Rheindt und Umgebung und den Vertretern der Gewerkschaften dauerten gestern mit kurzer Unterbrechung von 10 Uhr vormittags bis nach 10 Uhr abends. Es kam schließlich eine Einigung dahin zustande, daß die Aussperrung der 40.000 Textilarbeiter vermieden wird. Die Arbeitgeber nehmen die Kündigung zurück. Der für verbindlich erklärte Schiedspruch, der eine sechsprozentige Lohnerböhrung vorschlägt, wird beiderseits innewegelt werden.

Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn.

Noch kein positives Ergebnis.

Berlin. Weiter fanden in der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft Verhandlungen mit den am Tarifvertrage beteiligten Gewerkschaften über die Kündigung der Lohnverhandlungen des Tarifvertrages statt. Die Gewerkschaften hatten, wie bekannt, außer einer allgemeinen Lohnerböhrung von 12 Pfa. je Stunde die höhere geldliche Bewertung des von Arbeitern ausgeführten Beamtendienstes, die Besetzung der im Betriebe und Verkehr beschäftigten Arbeiter auch an arbeitsfreien Tagen, sowie die Erhebung der Löhne in einzelnen Bezirken des Lohngbietes 1 auf die Höhe der Löhne im Lohngbiet 2 gefordert. Die Reichsbahn-Gesellschaft glaubt, nach den von ihr angebotenen Erhebungen nicht in der Lage zu sein, einer allgemeinen Lohnerböhrung für die Reichsbahn-Arbeiter zuzustimmen. Sie hat sich bereit erklärt, einen ausreichenden Ausgleich dort zu schaffen, wo die Löhne

der Reichsbahnarbeiter hinter denen der vergleichbaren Industrie-Arbeiter zurückbleiben. Auch in einzelnen Punkten der übrigen Forderungen will die Reichsbahn Entgegenkommen zeigen. Die Ausführenden führung zu keinem positiven Ergebnis. Beide Parteien werden nach nochmaliger eigener Beratung am Freitag nachmittag zu gemeinsamer Verhandlung zusammentreten.

Die Reichsregierung und die Aufhebung der notwirtschaftlichen Preisgebote.

Berlin. In der Abendpresse vom 19. August wurde gemeldet, daß dem Reichsrat von der Reichsregierung eine Vorlage zugegangen sei, die die völlige Aufhebung der letzten noch bestehenden notwirtschaftlichen Beschränkungen, darunter die Beschränkungen über die Preisstreitigkeiten und die Preisprüfungsstellen vorschlägt. Diese Nachrichten sind unrichtig. Die Frage der Aufhebung der notwirtschaftlichen Preisgebote beschäftigt bereits seit Februar d. J. die Gesetzgebung, die amtlichen Stellen und die gelegentlichen Ausschüsse. Der Reichsrat, der vorläufige Reichswirtschaftsrat und auch der Haushaltsausschuß des Reichstages haben sich inzwischen für eine über die ursprünglichen Absichten der Reichsregierung hinausgehende Aufhebung der notwirtschaftlichen Preisgebote ausgesprochen. Die Reichsregierung hat jedoch hierzu noch keine endgültige Stellung genommen.

England von den chinesischen Häfen ausgeschlossen.

Schwere Bräuklerung Englands in China.

Paris. Nach einer Sondermeldung aus Kanton haben die chinesischen Behörden folgende neue Verordnung zur Regelung der Internationalen Schifffahrt erlassen:

1. Dampfer jeder Nationalität, England und Japan ausgeschlossen, haben das Recht, jeden Hafen anzulafen mit Ausnahme von Hongkong.
2. Sofort nach Einlaufen in den Hafen werden die Dampfer durch die Kommissare des antimerkantilen Verbandes einer Durchsuchung unterzogen.
3. Die Ausfuhr von Rohstoffen aus dem Innern des Landes ist verboten.

Man glaubt zu wissen, daß der britische Generalkonsul bei der chinesischen Regierung schriftlich angefragt hat, ob die vorstehenden Bedingungen offiziell seien. Sie kommen, so schreibt der Generalkonsul, einer Kriegserklärung gleich.

Weltkonferenz für protestantisches Christentum.

Stockholm. Deutschland war bei der heutigen Eröffnung der Stockholmer Weltkonferenz durch zwei Redner vertreten. Bei dem Empfang im Reichssaal des königlichen Schlosses sprach im Namen der europäischen Sektion der Präsident des evangelischen Oberkirchenrates zu Berlin Dr. Kauder Worte der Begrüßung und des Dankes an den König von Schweden. Bei der Eröffnung der Versammlung in der Blakholmkerche sprach im Namen der deutschen Delegation der sächsische Landesbischof Dr. Ihmels.

Hindenburg in der Sommerfrische.

Die Laik der Coalition.

Berlin. Der Reichspräsident Hindenburg ist während seines Aufenthaltes in dem Schloß Dietrichsdorf den Gegenstand zahlreicher Ovationen. So war neulich eine Deputation von Landwirtschaftsbüchsen, die in der Nähe des Gutes praktisch arbeiten, bei ihm. Der Reichspräsident dankte für die Ovationen. Er hat aber mitgeteilt, daß die ihm von verschiedenen wasserländischen Organisationen zugesandten Rundgebungen ihn sehr erfreuen, er sei aber in die bayrischen Berge gekommen, um sich zu erholen und neue Kräfte für die seiner harrenden Aufgaben zu sammeln. Er bittet daher, von weiteren Rundgebungen Abstand zu nehmen. Der Reichspräsident begab sich an das Grab seines Freundes Hubert von Schlicher auf dem 20 Minuten entfernten Friedhof von Kreuzbühl.

Wänderregierungen und Fürsorgegesetz.

Berlin. Zwischen dem Reichsrat und dem Reichstag war es vor der Vertagung der Parlamente zu einem Konflikt gekommen, der jetzt für die Wänderregierungen sehr ungünstige Nachwirkungen haben wird. Der Reichsrat hatte gegen das Gesetz über die Fürsorgepflichten, das vom Reichstag im Juli angenommen war, Einspruch erhoben. Der Reichstag nahm jedoch dieses Gesetz mit Zweidrittelmehrheit an, sobald der Einspruch des Reichsrates hinfällig wurde. Nunmehr haben die Wänderregierungen bei der Aufstellung ihres Etats die Feststellung gemacht, daß dieses Gesetz ihnen außerordentliche Lasten auferlegt, die sie kaum in ihren Etat einstecken können. Beispielsweise müßte Preußen allein 200 Millionen Mark zur Verfügung stellen, für die es in keiner Weise irgendwelche Dedung hat. Die preussische Regierung hat jetzt an die Reichsregierung die Aufforderung gerichtet, die fehlenden Mittel sofort bereit zu stellen. Falls diese Aufforderung abgelehnt werden sollte, beabsichtigt die preussische Regierung, den Reichspräsidenten von Hindenburg zu ersuchen, die Vertagung des Gesetzes auszusprechen, bis der Reichstag wieder zusammentritt.